

fanal

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Verfall der Gesellschaft – Sozialisierung (von Jenny Brönn) – Justizmilitarismus – Relative Stabilisierung – Die Sachlage – Fastenzeit – Einem Kritiker zur Antwort
--

NR. 6

**PREIS
40 Pf.**

JAHRGANG 2

BERLIN

MÄRZ 1928

ERICH MÜHSAM

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen Werk
Gedichte, Novellen, Aufsätze, Anekdoten usw.

Umfang etwa 400 Seiten. ∴ Erscheint demnächst.

Preis: in Leinen gebunden voraussichtlich M 5,50
broschiert voraussichtlich M 4,—

Vorbestellungen nimmt jede Buchhandlung und
die Geschäftsstelle des **FANAL** entgegen.

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

**In keinem Hause eines Kriegsgegners
dürfen nachstehende Werke fehlen!**

Krieg dem Kriege - Nie wieder Krieg - Es lebe der Krieg

Etappe Gent - Der Gefangene von Potsdam - Charleville

Herz der Zeit - Das Buch Kurt Eisners

Der kommende Krieg

Für die Leser des Fanal anstatt Ladenpreis 19.50, Vorzugspreis 14.70

Auch kann die Begleichung auf Wunsch in 4 Monatsraten erfolgen

Friedensbund der Kriegsteilnehmer

Hauptgeschäftsstelle: Berlin N 31, Voltastr. 19

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 2

Nummer 6

März 1928

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg. Abonnement: halbjährlich Mk. 2.35 — jährlich Mk. 4.00. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörfeläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Verfall der Gesellschaft

Die Tragödie der jungen Kommunisten in Cöpenick gab vor drei Monaten Anlaß, hier die Probleme der revolutionären Jugend aufzurollen. Fast gleichzeitig mit den alarmierenden Schüssen der Enttäuschung am kämpferischen Ideal, des Protestes gegen eine verpfuschte Sehnsucht, der Rebellion des proletarischen Gewissens, fielen die Schüsse, die in Steglitz zwei junge Menschenleben auslöschten, zwei andre junge Leben in fast ausweglose Wirrnis stießen. Aber handelte es sich in Cöpenick um ein Signal der Gewissensnot auf ernste Gedanken gerichteter, sozial vorwärtsdrängender Arbeiterjugend, so hatte der Vorfall in Steglitz mit den schweren seelischen Konflikten des sozial bewegten Teiles der aufwachsenden Generation nichts zu tun, sondern war, was den äußerlichen Verlauf betrifft, ein nicht einmal durch die Besonderheit der beteiligten Personen ausgezeichneter Pubertätsexzeß, der weder als typisch für die Moral der Bourgeoisie, noch für die Sexualnot der Jugend in unsrer außergewöhnlichen Zeit angesehen werden sollte. Eine Reihe ganz individuell gelagerter Umstände hat eine bestimmte Situation geschaffen, aus der sich in folgerichtiger Steigerung der szenischen Komplikationen und der Temperamentsreizungen der Hergang eines Trauerspiels entwickelte, wie er in seiner übersichtlichen Klarheit und in der Einheit von Ort und Zeit der Handlung einem gewissenhaften Dramenschreiber zum Vorbild dienen könnte. Von Bedeutung für die soziale Betrachtung der Angelegenheit ist einzig das Milieu des Geschehens und in noch höherem Maße das Reagieren von Staat, Gesellschaft, öffentlicher Kritik und bürgerlicher Gesittung auf die

Vorgänge im Hause Scheller. Die Ausstrahlungen der Atmosphäre, die in dem grotesken Prozeß gegen den Primaner Krantz prismatisch gesammelt erscheinen, sind allerdings von außerordentlicher gesellschaftlicher Bedeutung; sie zeigen die Ahnungslosigkeit der Bourgeoisie allen psychischen Problemen gegenüber, das völlige Versagen des Staats in allen Dingen der natürlichen Beziehungen zwischen den Menschen, die Fäulnis und den Verfall einer Gesellschaft, die sich selbst um die notwendigste aller Revolutionen betrogen hat und den eigenen Verwesungsgestank mit dem Parfüm geiler Sensationen zu übertäuben sucht.

Was geschah, ist folgendes: Dem armen Musikanten Krantz, der sich die Existenz kümmerlich in Kinokapellen zusammenblasen muß, ist es gelungen, für seinen intelligenten Sohn Paul ein Stipendium zu erwirken, das den Besuch des Gymnasiums ermöglicht. So kommt der heranwachsende junge Mensch unter besserstellte Schulkameraden. Er befreundet sich mit Günther Scheller und lernt dessen 16jährige Schwester Hilde kennen. Die Eltern Scheller lassen ihren Kindern ziemlich viel Freiheit; sie sind viel unterwegs, wissen auch, daß ewige Aufsicht den Anreiz zum Verbotenen eher steigert als bremst. Die Gelegenheit zum Alleinsein zwischen einem geistig regen 18jährigen jungen Mann und einem hübschen 16jährigen Mädchen führt ganz natürlich zu erotischen Situationen. Der 19-jährige Günther weiß davon; es kümmert ihn nicht, da er selbst Freundinnen hat, zu deren ungestörter Gunst er die Verschwiegenheit der Schwester braucht. Paul ist eine besinnliche Natur, macht Gedichte, imponiert der befreundeten Jugend durch geistige Besonderheit, die nichts Genialisches hat, aber den bescheidenen Ansprüchen der oberflächlichen Altersgenossen genial scheint. Günther ist seelisch viel robuster und über alles Maß lebenshungrig. Andre gleichaltrige Freunde und Freundinnen finden sich zu den dreien; es wird kluggeschwätzt, politisiert, Kunst und Kultur getrieben und viel geküßt und geliebt. Bei alledem ist nichts, garnichts merkwürdig, und es ist Unsinn, diese Konstellation irgendwie klassengefärbt in Gegensatz zum Leben junger Proletarier sehen zu wollen. Wo bei denen die materielle Not es nicht verhindert, wo sie sich solche Gelegenheiten schaffen können, tun sie es auch, und das ist durchaus nicht schlimm. Auch daß zwischen den Freunden anscheinend leichte homoerotische Bindungen bestanden, ist nichts Fürchterliches, auch nichts „anderes“, sondern in den Uebergangsjahren, in denen die Sexualität noch ganz undifferenziert auf jede Reizung reagiert, etwas völlig Natürliches, Uebliches und in allen Zeiten und allen Gesellschaftskreisen Selbstverständliches. Die Moral von Staat und Kirche

hat erst aus der bewußten oder unbewußten körperlichen Hinneigung geistig und seelisch verbundener Menschen des gleichen Geschlechts etwas Sündhaftes gemacht.

Zwischen Günther und einem früheren intimen Freunde, dem Kochlehrling Hans Stephan, herrscht seit längerer Zeit, anscheinend homosexueller Eifersüchteleien wegen, bittere Feindschaft, und es begibt sich nun, daß in einer Nacht, in der die Schellersche Wohnung den jungen Leuten allein zur Verfügung steht, gleichzeitig Paul und Günther bei viel Getränk und viel romantischer Sentimentalität mit einer Freundin Hildes zärtlich sind und Hilde sich mit dem Feinde ihres Bruders, von dessen Anwesenheit dieser nichts wissen soll, in ihre Kammer zurückgezogen hat. Da Paul Krantz, zum Gymnasiasten avanciert und somit unter nationalistische Einflüsse geraten, selbstverständlich Mitglied eines Wehrverbandes und noch selbstverständlicher im Besitz einer Pistole ist, ist alles beisammen, was zur Ab- und Rundung einer richtigen Tragödie gehört: Alkohol, Liebe, Haß, Lyrik, sinnliche Spannung, Weltschmerz, Nebenzimmer-Erotik, halbe und ganze Eifersucht, Geheimnistuerei, Fenstergespräche, neugieriges Geflüster, Fortgehen und Wiederkommen, Hausschlüssel-Intrige, gegenseitige Kuppelei, Küsse im Hausflur, Alkohol, noch mehr Alkohol und die geladene Waffe. Der auf Hans wütende Günther sucht den von der Erinnerung an die vergangene Nacht mit Hilde noch benommenen, im Augenblick aber von den frischen Zärtlichkeiten Ellinors durchzitterten Paul zur Eifersucht auf Hilde zu überreden, um ihn als Mittäter für das im überhitzten Hirn blutdürstig sich formende Autodafé zu gewinnen. Von Likördunst und gefühlvoller Weihe umnebelt, geht Paul auf den Doppelselbstmord und endlich auch auf den Plan ein, die Liebenden im Nebenzimmer mitzunehmen. Die Totenfeier wird gerüstet, ein rührend-kindliches Abschiedsdokument verfertigt und von den beiden Knaben unterschrieben, ein Schriftstück, das ihre ganze Unfertigkeit, den ganzen Nebeldunst ihrer Vorstellungswelt in der weltanschauungsträchtigen Phrase umfaßt: „Rasse — nicht Klasse“. Theatralischer Abschied voneinander, vom Leben, von den Freunden, vom Weltall — und das weitere: Türaufreißen, Schüsse, Schreie, Blut. Hans Stephan und Günther Scheller tot, Paul Krantz ratlos vor den Leichen der Freunde und im Augenblick der Besinnung nach der Pistole tastend, um — schon ernüchtert — seinen Pakt zu erfüllen. Hilde aber, sich vom ersten Entsetzen geistesgegenwärtig besinnend, versteckt die Waffe und flüchtet ins Badezimmer zur Freundin, die eben auf dem Wege zur Schule wieder ins Haus gekommen ist. Die Mädchen alarmieren die Nachbarn — und Arzt, Polizei und Reporter gehen an

ihre Werk und sorgen für die Einordnung des außergewöhnlichen Ereignisses ins gewöhnliche Leben mit Totenschein, Kriminalakt und Radautrommel.

Der Vorgang an sich ist zur Charakterisierung der gegenwärtigen allgemeinen Gesellschaftsverhältnisse ganz unverwendbar. Nur ein paar Requisiten des Stücks sind dem zeitgebundenen Kostümarsenal entnommen. Die beteiligte Jugend ist nicht anders und nicht schlimmer als die Jugend in den sentimentalen Theaterstücken vergangener Jahrzehnte, und man braucht sich etwa nur an Hartlebens „Rosenmontag“ zu erinnern, um zu finden, daß das Steglitzer Gymnasiastendrama in der Szenenfolge und der Unausweichlichkeit der Katastrophe vom Leben selbst viel stärker herausgearbeitet ist als das übrigens sehr wirkungsvolle Offiziersdrama von der Erfindung des Dichters; daß aber stimmungsmäßig zwischen den von den Erschütterungen der Welt wenig bewegten liebesüchtigen jungen Leuten vor 30 Jahren und denen von heute trotz veränderter Auffassungen wenig Unterschied besteht. Der Verfall der Gesellschaft zeigt sich nicht in der Entladung der entfesselten Schülertemperamente, sondern im Verhalten der älteren Generation vorher und besonders nachher. . . .

Revolution ist Auskehr. Sie ist dann notwendig, wenn die inneren Spannungen einer Gesellschaft den Rahmen bereits gesprengt haben, der von der überlebten Ordnung um die Beziehungen der Menschen gelegt war. Dabei handelt es sich niemals allein um die wirtschaftlichen Beziehungen, sondern abhängig von ihnen und, umgekehrt auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen entscheidend zurückwirkend, ebenso um psychisch-geistige Verhältnisse. Der Rahmen der kapitalistischen Nationalwirtschaft platzte 1914. Der große Krieg leitete die Internationalisierung der industriellen Produktion ein. Es war die Aufgabe des internationalen Proletariats, auf revolutionärem Wege zugleich die Ausbeutung zu beseitigen und die internationalisierte industrielle Produktion durch Zerstörung der Staaten und Aufhebung des Privateigentums sozialistisch zu organisieren. Der Versuch dazu wurde nur in Rußland unternommen, wo er infolge konstruktiver und ideologischer Fehler im Staatskapitalismus versackte. In Ungarn und Bayern blieb es bei den vorbereiteten Gesten einer im Stich gelassenen revolutionären Minderheit. Dennoch war die Revolution absolut fällig. Mehr noch als die wirtschaftlichen Voraussetzungen waren die psychischen gegeben, zumal in dem nur auf Sieg erzogenen, durch die katastrophale Niederlage aus den Wolken gestürzten deutschen Volk. Die wichtigsten

Grundsätze der bürgerlichen Moralität waren schon vor dem Kriege schwankend geworden. In der Literatur erschütterte besonders Frank Wedekind die Fundamente der gültigen Sexualethik. In der anarchistischen Bewegung stritten wir über das Vaterschaftsprinzip, das Gustav Landauer als Norm erhalten, ich zerstört wissen wollte. Mein Schauspiel „Die Freivermählten“ (1909) greift vor allem die Exklusivität in der Liebe an und erklärt die geschlechtliche Eifersucht als die übelste Form des Besitzneides. Die Idee der Promiskuität fing an, die Gemüter der wenigen zu erregen, die zu allen Zeiten das uneinträgliche Geschäft betreiben, die verachteten Wegbereiter künftiger Gesittung zu sein.

Der Krieg leistete der Zerstörung der moralischen Vorurteile auf jedem Gebiet ungewollt erstaunliche Dienste. Die Begriffe Mord, Grausamkeit, Diebstahl, Raub, Erpressung, Hinterlist und was es sonst an Unsauberkeiten im menschlichen Verhalten geben mag, verquickten sich mit den Eigenschaften, die als rühmlich gepriesen wurden, wie Angriff, Nahkampf, Requisition, Kontribution, Eroberung, Kriegslist, und im Hinterlande half Hunger und Entbehrung den allenthalben unsicher gewordenen Moralbegriffen jeden Boden entziehen. Es setzte bei Bürgern, die an der eigenen Korrektheit so wenig zweifelten, daß sie sich beim Gedanken an Vorbestraftheit eines Menschen entsetzt abgewandt hätten, plötzlich das Begreifen ein, daß Armut und Sünde von einander abhängige Dinge seien. Die eigene Not ließ das, was bisher wirkliche Entrüstung war, zur Heuchelei werden: man hamsterte selbst, man wucherte selbst, man prügelte sich selbst herum wegen einer Brotkarte oder eines Zuckeranteils. Und den Frauen fehlten die Männer, den Kindern die Aufpasser, denn die waren draußen, verrohten und warfen den Ballast der moralischen Bedenklichkeiten zugleich in sexueller Beziehung fort, so daß auch ihrem Entsetzen über die Unmoralität in der Heimat der Hebel des Gewissens versagte. Als der Zusammenbruch da war, hätte es also grade auch auf dem Gebiete der sittlichen Begriffe nur des Auskehrens bedurft, um die von Staat und Kirche gezüchtete, in den Büchern vorgeschriebene, aber innerlich morsche Moral wegzuschaffen und der im Keimen befindlichen freien Gesittung, die, wenn auch verworren und im Bewußtsein unverarbeitet, schon vorhanden war, Raum zur Festigung und zur Entfaltung zu geben.

Die Revolution wurde verraten. Ihre Nutznießer verbündeten sich mit den Kräften, die allein noch an der Erhaltung vergangenen Geistes interessiert waren und galvanisierten mit ihnen auch die alten Moraldoktrinen. Die überholten Gesetze der alten Zustände

wurden einfach auf die neuen Verhältnisse angewendet und so die Konterrevolution zur Dauereinrichtung erhoben. Konterrevolution nämlich ist das Walten reaktionärer Mächte unter revolutionären Bedingungen. Die ganze nachrevolutionäre Zeit trägt, bis auf den heutigen Tag, den Charakter der Konterrevolution. Denn nichts ist in dieser Gesellschaft stabil, und dafür der schlagendste Beweis ist ihre Moral. Hier wirkt von unten heraufgewühlter neuer Geist, aber, da er an jeder freien Äußerung gehemmt ist, ist die neue Moral, die in Freiheit die reinste Sittlichkeit wäre, die schmutzigste —, verkrustet in Heuchelei, Vorurteil, ängstlicher Verkrochenheit und Mißtrauen gegen die eigene Berechtigung. Was aber das Aergste ist: die alte, von Krieg, Einsturz des alten Staates, Bürgerkrieg, Aufstieg des Neukapitalismus, Inflation, Deflation, Korruption in Wirtschaft, Politik und Justiz vollkommen verschmutzte Ethik übt mit- samt der Reaktion auf allen Gebieten die mit unheimlichen Machtbefugnissen ausgestattete Gewalt über die Gärung des neuen Geistes aus. Die alte Generation herrscht mit allen ihren Vorurteilen, völlig unberührt von modernen Empfindungen, über die Jugend und pfpfropft ihr eine tote Moral auf ihr lebendiges Drängen.

Dies macht die Affäre Krantz bedeutsam, nichts andres. Eine verfallende, verfallende Gesellschaft versucht, die Jugend, die immerhin vom Zeitgeschehen geimpft ist, in ihre pestkranken Normen einzufangen. Ein Exzeß des Ueberschwangs, der keine Spur revolutionären Ursprungs trägt, wird, da in ihm die Wirksamkeit neuartiger Moralauffassungen erkennbar scheint, in die Knetkur entseelter Sittenmaximen genommen. Das Gespenst der Vergangenheit glaubt die Regung der Zukunft wahrgenommen zu haben, und schon spannt das Alter die Jugend in das Prokrustesbett seiner Vorurteile und macht den Unglücksfall einer jugendlichen Verwirrung zum Kriminalfall unter dem Gesichtspunkt der Schuld.

Das ist die Frage, die diese Gesellschaft, dieser Staat aus der Steglitzer Kindertragödie ableitet: ob der Strafgesetzbuch-Paragraph verletzt ist, der den Mord oder bloß der, der den Totschlag bedroht, und ob Paul Krantz getötet oder beim Töten mitgeholfen hat, oder ob schon getötet war, als er dazu kam. Da sitzt nun ein Unglücksmensch von Gerichtsvorsitzenden und bemüht sich, mit den Pubertätskonflikten der heutigen Jugend zurechtzukommen, weiß aber gar nicht, daß, seit er Jurisprudenz studiert hat, eine andre Welt geworden ist mit andern Vorstellungen, andern Erlebnissen, andern Problemen und viel weniger Vorurteilen als zu seiner Zeit, daß er selbst eine Gesellschaft repräsentiert, die sich im Verfall befindet und über Menschen zu Gericht sitzt, die, obwohl sie sich dessen nicht

bewußt sind, unter Schutt und Romantik eine neue Gesellschaft in sich tragen. Da glaubt er, die 16jährigen von fröhlicher Sinnlichkeit getriebenen Mädchen zur Aussage der „reinen Wahrheit“ zu bringen, wenn er sie vor der ersten Frage durch die Vereidigung mit der lähmenden Angst vor dem Zuchthaus einschüchtert. Da stellt er an die vernünftigen Eltern Scheller, die sich dazu bekennen, daß sie ihre Kinder nicht einengen mögen in ihrem Lebens- und Erlebnisdrang, vorwurfsvolle Fragen, die seine ganze Hilflosigkeit einer Welt gegenüber verraten, die den Seelendruck der Kirchenmoral, mindestens teilweise, abgestreift hat. Und der Verteidiger: er sieht die Welt nicht anders als der Vorsitzende und der Staatsanwalt. Wie entlastet er den Angeklagten? Indem er das arme Mädel, das genau so sehr Opfer der Verwirrung war wie ihr toter Bruder, schuldig zu machen sucht, sie vor den Augen geiler Spießer auszieht und moralisch im Dreck herumwälzt. Was in Zärtlichkeit und sinnlicher Lust zwischen Liebenden geschieht, ist immer rein und gut; aber wenn es nachträglich vor fremden Augen wie im Film aufgerollt wird, ist es unappetitlich und häßlich. Und da fragt man nun die jungen Menschen aus; wie weit sie miteinander gekommen seien: es ist förmlich, als ob das nackte Fleisch der unglücklichen Geschöpfe zum Dranriechen bei den Sensationsphilistern herumgereicht würde. Die Opfer dieser tollen Gerichtsprozedur aber wissen selbst nicht, an welcher greulicher Gespenstersonate sie mitwirken. Sie sind ja nicht, wie die Proletarierjungen von Cöpenick, um eines enttäuschten Ideals willen, sondern aus Lebensgier und unklarem Weltschmerz in ihre Lage geraten. Sie haben die alte Sittlichkeit, die jetzt ihre seelische Not in Pandekten schnüren soll, innerlich abgeworfen, sich aber keine neue geschaffen. Sie sind haltlos geworden und haben in ihre Haltlosigkeit auch ältere mit hineingezogen. Wenn es wahr ist, daß die Eltern der Hilde Scheller Interviews mit der Tochter an die Zeitungen verhökert haben, so zeigt das, wie der Zerfall der Gesellschaft sich dem kleinbürgerlichen Geist seiner Mitglieder mitteilt. Sie haben schon die Empfindung dafür, daß den Kindern ihr freies Eigenleben bleiben soll, aber das staatlich-kirchliche Moralitätsprinzip steckt noch so tief in ihnen, daß sie selbst den Unterschied zwischen Freiheit und Schamlosigkeit, den die Vergangenheitshüter nicht gelten lassen wollen, nicht sehen und das Kind, da sie ihm schon Freiheiten eingeräumt haben, nun auch glauben prostituieren zu dürfen.

Nicht die Steglitzer Tragödie, sondern der Krantz-Prozeß ist das Spiegelbild des gesellschaftlichen Verfalls unsrer Zeit, vielleicht ein noch besseres als die dröhnenden Zusammenbrüche der Lombard-

schwindel-Unternehmungen. Denn den Sehenden wird nicht Neues bekannt mit der Nachweis, daß die degenerierte Kaste adliger Traditionshüter geldgierig gesprungen kommt, wenn sie ihre ergaunerten Kapitalien mit 48 Prozent verzinst kriegen können, indem sie sich an Gaunergeschäften beteiligen. Wenn sie einmal dabei selbst die Begaunerten sind, ist es nicht sehr tragisch. Wertvoll sind solche Korruptionsektlarvungen immer, da sie manchen, die noch nicht sehen gelernt haben, ein wenig die Augen öffnen können darüber, daß die staatliche Gesellschaft auf einem tönernen Gestell steht, das überall Risse und Sprünge hat. Der Verfall geht durchs ganze, durch Wirtschaft und Organisation, durch Kultur und Ethik. Was fällt, muß gestoßen werden. Nur sollen wir nicht glauben, damit, daß wir aus dem Verfall der Gesellschaft ihren völligen Zusammenbruch machen, wäre allein etwas für Freiheit und Gerechtigkeit geschehen. In der Jugend lebt neues Werden und neues Erkennen. Gelingt es aber der Jugend nicht, den neuen Geist in sich zu pflegen, ihn frei zu machen von allen Ueberkommenheiten des Glaubens und der Autorität, so wird mit dem Zerfall von Staat und Kapitalismus auch das Gute zerfallen, das in ihrer Sehnsucht lebt. Dann wird, was heute freiheldurstige Jugend ist, morgen verknöchertes Alter sein und Traditionen hüten einer Gesellschaft, die verdienftermaßen wiederum in Verfall gerät, bis endlich doch einmal eine neue Jugend aufsteht, die Jugend der fessellosen Revolution. Diese Revolution aber wird die Gesellschaft der Freiheit aufbauen, die in schaffendem Wachsen keinen Verfall mehr kennen wird — die kommunistische Gesellschaft der Anarchie.

Sozialisierung

Der nachfolgende Artikel erschien zuerst am 15. Februar 1919 in der Revolutionsausgabe meiner Zeitschrift KAIN. Die Verfasserin Dr. J e n n y B r ü n n, nur wenigen unsrer Genossen bekannt, mir persönlich in vieljähriger Freundschaft verbunden, ist am 13. Februar dieses Jahres im Alter von 36 Jahren gestorben. Sie kam als junge Studentin der Nationalökonomie 1912 nach München, wo sie mich aufsuchte, um durch mich in anarchistische Gedankengänge eingeführt zu werden, da ihr die Ideen des antiautoritären freien Sozialismus besonders nahe lagen. Wissenschaftlich war sie Schülerin Franz Oppenheimers, dessen Spuren ja auch im vorliegenden Aufsatz noch deutlich erkennbar sind. Sie verarbeitete die erlernten Kenntnisse in ihrem regen, von ungewöhnlicher Klugheit bedienten Geist zu lebendigen Werten. Die kräftige Polemik gegen Kurt Eisners unrevolutionäre Wirtschaftspolitik kann heute noch, zumal gegenüber den staatskapitalistischen Tendenzen des Bolschewismus, von hohem Nutzen sein, mag auch die Anwendung des Lohnbegriffs in der Darstellung des sozialistischen, also vom Lohnsystem befreiten, Produktionsprozesses mißverständlich scheinen. Dem Irrtum in der Abschätzung der revolutionären Auswirkungen des politischen Zusammenbruchs vom November 1918 waren wir wohl damals mehr oder weniger alle verfallen. Aber dieser

Irrtum, der der Begeisterung für die Revolution und der Leidenschaft für den Sozialismus entsprang, ist ja nur ein zeitlicher Irrtum. Tatsächlich hat der Kapitalismus in den Belebungsbemühungen der scheinsozialistischen Demokraten keine Rettung gefunden, sondern nur einen Aufschub seiner Vernichtung. Jenny Brünn hat die von ihr wie von uns ersehnte Stunde der neuen Revolution nicht mehr erleben dürfen. Aber sie hat, ohne öffentlich hervorzutreten, durch ihr beratendes Helfen bei der Begründung des FANAL und durch die stille Förderung, die sie dem Blatt widmete, dazu beigetragen, den hier vertretenen anarchistischen Auffassungen, die ihren eigenen entsprachen, Resonanz zu schaffen. Der Wiederabdruck des Artikels „Sozialisierung“ geschieht, um mahnend zu erinnern an die verhängnisvollen Fehler, mit denen routinierte Realpolitiker in entscheidender Stunde das kostbare Gut der Revolution leichtfertig verschleudert haben, und um einer der wenigen, die rechtzeitig gewarnt haben, einer zukunftsfrohen Mitkämpferin, einer durch geistige und menschliche Werte reich begabten Frau, einer lieben treuen Freundin ihre eigenen Worte als Gruß ins frische Grab zu senden. E. M.

Am 22. Januar fand die erste Sitzung der bayerischen Sozialisierungskommission statt. Der Ministerpräsident Kurt Eisner sprach sich bei dieser Gelegenheit mit so bemerkenswerter Offenheit über Zweck und Ziel der Sozialisierung aus, daß man an diesen Ausführungen nicht vorübergehen sollte.

Herr Eisner zählte zuerst die Anforderungen auf, denen die Neugestaltung der Wirtschaft gerecht werden müßte. Man beachte die Reihenfolge! Zunächst Wiederherstellung und Steigerung der Produktion an sich in höchster technischer Vollkommenheit. Das zweite ist der Anteil des Staates an dem Ertrag der Produktion und das dritte ist die Befriedigung der sozialen Ansprüche der Arbeitenden innerhalb der Produktion. Dann erläuterte der Ministerpräsident den Begriff der Sozialisierung. Dieser wäre unklar und irreführend. Man sollte ihn eigentlich nur im Sinne von Sozialismus brauchen als der radikalen Beseitigung des Kapitalismus und der Organisation von Produktion und Konsumtion ohne Dazwischenkunft des Kapitals. Eine solche Sozialisierung kann weder von Bayern noch von Deutschland allein durchgeführt werden (!), komme also nicht in Betracht. Ein neuer Begriff der Sozialisierung werde von den radikalen Arbeitern des Ostens und des Westens (Syndikalistern) propagiert: nämlich die Uebernahme jedes kapitalistischen Betriebes durch die Arbeiter und seine gewerkschaftliche Weiterführung. Dies wäre nicht Sozialismus, sondern Massenkapitalismus. Es wäre nur ein Rollentausch, bei dem auf einen Kapitalisten so und so viele kämen und der Profit — auf die größere Zahl verteilt — brächte dem Einzelnen keine Steigerung des bisher üblichen Lohneinkommens. Die dritte Art der Sozialisierung wäre gar keine im eigentlichen Sinne. Es wäre eine Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle. Diese durchzuführen wäre die heutige Aufgabe. Der bisher für die gemischt wirtschaftlichen Betriebe geltenden Gefahr, vom kapitalistischen Staat und den Privatkapitalisten als assoziiertes Geschäft kapita-

listischer Ausbeutung betrachtet zu werden, soll durch die demokratische Staatskontrolle begegnet werden. (!)

Wir sehen also, Herr Eisner ist sich vollkommen darüber klar, daß der wirtschaftliche Weg der deutschen sozialistischen Republik nicht zum Sozialismus, sondern zum — Staatskapitalismus geht. Daß die demokratische Staatskontrolle den Profit in keiner Weise schmälern wird, darüber dürften sich alle Beteiligten einig sein. Liegt aber der Staatskapitalismus auf dem Wege zum Sozialismus? Ist er eine Teilverwirklichung, so daß die Arbeiterklasse in ihrem sozialistischen Wollen ein Stück vorwärts kommt oder will er auf kapitalistischer Basis stehen bleiben?

Der Gesamtertrag einer Volkswirtschaft kann an die beteiligten Wirtschaftspersonen nur in den drei Formen des Einkommens verteilt werden: als Grundrente, Kapitalsprofit und Arbeitslohn. Das Wesentliche der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist nun, daß von diesen drei Einkommensarten die beiden arbeitslosen Einkommen: Grundrente und Kapitalsprofit verschwunden sind und als einzige Einkommensart das Arbeitseinkommen bleibt, der volle, von keinem Mehrwert gekürzte Arbeitsertrag für jede arbeitende Wirtschaftsperson.

In dem angestrebten Staatskapitalismus ist der Staat als Besitzer der Produktionsmittel am Produktionsprozeß beteiligt, kann also seinen Produktionsanteil nur in Form des Mehrwertes (Grundrente und Kapitalprofit) erheben. Die Arbeiterklasse, für die beim privatkapitalistischen System die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander günstig war, sieht sich hier einem einzigen ungeheuren Monopolkapitalisten gegenüber, der sich genau ebenso den Mehrwert, also einen Abzug vom Ertrage der arbeitenden Klasse, in die Tasche steckt. Nur arbeitet ein staatlicher Apparat bedeutend schwerfälliger, der Gesamtertrag ist daher geringer, so daß der Lohn noch herabgedrückt werden könnte. Es besteht gar kein Zweifel, daß eine Verstaatlichung des Kapitalismus (das ist es nämlich!) die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zum mindesten nicht bessert. Aber der Staat! Der erzielt einen Produktionsüberschuß, aus dem er seine laufenden Ausgaben bezahlen, vor allem aber seinen Verpflichtungen nachkommen kann, die er vom bankrotten Kapitalismus übernommen hat. Hier ist der Punkt, wo Politik und Wirtschaft sich treffen! Weil die Regierung nicht unzweideutig an einen sozialistischen Neuaufbau geht, weil sie am kapitalistischen System festhält, muß sie die Erbschaft des Privatkapitalismus übernehmen! Weil sie die Erbschaft übernimmt, muß sie auf kapitalistischem Boden bleiben, um auf dem Umwege des Mehrwertes — d. h. Abzug vom vollen Arbeitsertrag, d. h. Ausbeutung der Massen — sich die Mittel zu schaffen zur Erfüllung ihrer Erbschaftspflichten.

Müßig zu sagen, daß eine wirklich sozialistische Republik von vornherein eine so gänzlich andere politische Konstellation schufe,

daß für sie diese Erbschaftspflicht ebensowenig bestünde, als es innerhalb des Sozialismus ein privates Erbrecht gibt.

Der kapitalistische Staat erzielt also einen „Produktionsüberschuß“. Er sagt „Produktionsüberschuß“ als ebenso geschickte und grob täuschende Umschreibung für Mehrwert wie der Privatkapitalismus sagt: „das Kapital arbeitet“. Dieser „Produktionsüberschuß“ soll durch eine „Produktionssteigerung bis zu höchster technischer Vollkommenheit“ erreicht werden. Auf die Durchführung dieses Programmpunktes darf man einigermaßen gespannt sein.

Jeder Wirtschaftsprozess ist ein Kreislauf: sowohl der kapitalistische als der sozialistische. Nur daß sie entgegengesetzt verlaufen. Das ist ja das Wesen des kapitalistischen Wirtschaftskreislaufes, daß er der Produktionssteigerung enge Grenzen setzt, weil die Massen infolge des Lohnsystems nicht das an Gütern zurückkaufen können, was sie selbst hergestellt haben. Das ist das Wesen des Kapitalismus: daß der Innenmarkt infolge der geringen Kaufkraft der Lohnbezieher nicht aufnehmen kann, was die Unternehmer an Waren absetzen könnten, daß bei steigender Ueberproduktion die Produktion eingeschränkt wird, der Lohn sinkt oder gar aufhört, die Kaufkraft der Massen also noch mehr vermindert wird, die Ueberproduktion noch mehr steigt. Auch der Staatskapitalismus kann und wird diesem Zirkel nicht entrinnen, dem das privatkapitalistische System trotz aller Syndikate und Trusts nie entgangen ist: dem Zirkel, der mit Unterlohn und Ueberproduktion beginnt, zum kolonialen Absatzgebiet fortschreitet, wohin sich die Unternehmer mit den Waren, die der eigene Markt nicht aufnehmen kann, zu retten suchen und notgedrungen mit dem „frisch-fröhlichen Krieg“ und „Gott strafe England“ enden muß. Wie und wo will denn der Staat den ihm zufallenden „Produktionsüberschuß“ realisieren, wenn das kapitalistische Lohnsystem weiterhin den Innenmarkt unterhalb seiner natürlichen Kaufkraft hält? In den Kolonien? Auf dem Weltmarkt in Konkurrenz mit England und Amerika?

Dem Sozialismus ist Produktionssteigerung immanent. Der jeder Wirtschaftsperson zustehende volle Arbeitsertrag ist in gleichem Umfange Kaufkraft, Nachfrage nach Gütern. Die Nachfrage nach Gütern zieht eine Produktionssteigerung nach sich, damit eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften, damit Steigerung des Arbeitslohnes, damit größere Nachfrage nach Gütern, damit neue Produktionssteigerungen usw. usw. Die Schraube ohne Ende lautet im Sozialismus: erhöhter Lohn — erhöhte Nachfrage — erhöhter Lohn — erhöhte Nachfrage — und das Bindeglied ist die immer größere Produktionssteigerung, die fortlaufend eine dauernde wirtschaftliche Hebung aller Volksklassen schafft, den allgemeinen hohen Wohlstand, was der Sozialismus letzten Endes allein ist. Die Forderung der Produktionssteigerung und die Befriedigung der Ansprüche der

Arbeiterklasse ist in der Tat, wie Herr Eisner anführte, unerläßliche Bedingung, die aber nur der sozialistische Aufbau erfüllen kann.

Dieser Neuaufbau setzt ein, sobald sich die Arbeiter auch nur eines Produktionsmittels bemächtigen, z. B. des Grundes und Bodens, der Bergwerke. Der neue Radikalismus in Ost und West ist keineswegs Massenkaptalismus, wie Herr Eisner meint, sondern durchaus wirklicher Sozialismus. Er ist der Weg, durch die Aneignung zuerst einiger wichtiger Produktionsmittel den Arbeitern dieser Unternehmen den vollen Arbeitsertrag zu sichern durch Anschaffung des Profits, und die Produktion ohne Mehrwert und Ausbeutung fortzuführen. Das erhöhte Einkommen dieser „Kapitalisten“ erscheint als erhöhte Nachfrage nach Gütern und gibt den Industriezweigen die Möglichkeit der erhöhten Produktion gleichfalls mit vollem Arbeitsertrage für die Produzenten usw. Hier setzt automatisch der Kreislauf der sozialistischen Wirtschaft ein.

Am Schluß seiner Rede sagte Herr Eisner, daß er „ohne vorgefaßte Meinung“ an die Erörterung dieser Probleme herantrete. Das klingt sehr befremdend. Man sollte meinen, daß der unabhängig-sozialistische Ministerpräsident einer sozialistischen Republik eine sehr vorgefaßte Meinung bei der Erörterung wirtschaftlicher Probleme hätte: nämlich eine sozialistische, den Willen zum Sozialismus, dessen oberste Richtschnur immer nur lauten kann: wie befreie ich die Arbeiterklasse vom kapitalistischen Druck? Wie führe ich die Massen aus der Enge ihrer wirtschaftlichen Lage über das Notwendige der Lebensnotdurft hinaus zu einer auskömmlichen Existenz? Von diesem Willen ist in den Ausführungen des Ministerpräsidenten und in den Zielen der Sozialisierungskommission keines Hauches Spur. Der angestrebte Staatskapitalismus ist Gewerkschaftspolitik im großen; das Ziel, den Arbeitern innerhalb des kapitalistischen Systems die jeweils bestmögliche wirtschaftliche Lage zu verschaffen, aber immer unterhalb des kritischen Punktes, bei dessen Ueberschreitung die Sprengung des Kapitalismus, des gesellschaftlichen Klassenverhältnisses erfolgt.

Die heutigen immer höheren Lohnforderungen zielen auf diesen kritischen Punkt. Und wenn von regierungsozialistischer Seite der entrüstete Ruf ertönt: diese Forderungen wären maßlos und das ganze Wirtschaftssystem gefährdend, so ist das nur wahr. Natürlich gefährden sie das ganze Wirtschaftsleben — nämlich das kapitalistische.

Die Arbeiter, zum hellsten Klassenbewußtsein erwacht, lassen sich nicht mehr in das kapitalistische Lohnsystem zurückweisen. Der Staatskapitalismus kann daher ebensowenig durchgeführt werden, wie sich der Privatkaptalismus durch die Beschwörungen und Warnungen der Liberalen vor der „Sozialisierung“ retten läßt. Der Liberalismus scheint völlig vergessen zu haben, daß er, vor dem Kriege,

unter dem Druck der scharfen Konkurrenz auf dem Weltmarkt selbst den Ruf erhob nach „Intensivierung des Innenmarktes“? Diese Intensivierung, höchstmögliche Kaufkraft aller Arbeitenden, wird der Sozialismus schaffen. Heute nach dem völligen Zusammenbruch des Imperialismus ist der Wille zum Wiederaufbau des Privatkapitalismus, der immer nur das Gegenteil von höchster Kaufkraft der Masse sein kann, kaum noch ernst zu nehmen. Dem ergötzlichen Schauspiel, wie „Sozialisten“ und Demokraten sich vergeblich abmühen, den Kapitalismus in irgendeiner Form zu retten, wird der revolutionäre Sozialismus gelassen zuschauen. Er kann ruhig abwarten. Ihm gehört das Morgen.

Jenny Brünn.

Justizmilitarismus

Der Niedner des IV Strafsenats beim Reichsgericht heißt jetzt Lorenz. Sonst hat sich nichts verändert, als daß der Namenspate sich die freie Zeit seiner Pensionsruhe mit der Bemühung vertreibt, den kommunistischen Rechtsanwalt Samter von einem Kollegenrat des Vorzugs unwürdig erklären zu lassen, sich wegen des Bestehens auf seinen Rechten als Verteidiger revolutionärer Arbeiter von den Niednern, mögen sie auch jetzt Lorenz heißen, aus dem Gerichtssaal rausschmeißen lassen zu dürfen. Niedner fühlt sich seit vier Jahren von Samter beleidigt; die Göttin der Gerechtigkeit fühlt sich schon länger vom Niedner beleidigt; aber dem steht, wenn er wehrlose Angeklagte beschimpft, die rote Fahne einen russischen Fetzen nennt, die Anwälte der Proletarier, gedeckt von der Unvermeidbarkeit seiner Urteile, an der Entlastung der Beschuldigten hindert, die Begriffe Hochverrat, Republiksschutz, Sprengstoffverbrechen nur gegen Angehörige proletarischer Organisationen gelten läßt, die Immunität der Wahrung berechtigter Interessen zur Seite. Da kann man nichts machen. Immerhin: der Mann beschäftigt sich jetzt mehr privatim mit der Verfolgung von Leuten, die ihm unsympathische Bestrebungen vertreten, der Niedner des IV. Strafsenats aber heißt jetzt Lorenz, so wie der Geßler des Reichswehrministeriums jetzt Gröner heißt, Generalskollege seines obersten Regierungsprinzipals ist und seine geschichtliche Mission im Januar 1918 erfüllt, als er das frühere Schimpfwort Hundsott zum Ehrennamen ihrer Klassenpflichten bewußter Arbeiter erhob.

Die erste Tat des Niednerpräsidenten Lorenz war eine strafrichterliche Reverenz an den Geßlerminister Gröner: er verurteilte den Bauarbeiter Adolf Franz aus Wüstegiersdorf wegen der Abgabe von 2 (zwei!) Exemplaren der kommunistischen Flugschrift „Der Reichswehrsoldat“ an Mitglieder dieser republikanischen Institution zu 1 Jahr 3 Monaten Festung nebst 100 Mark Geldstrafe, bzw. für je 10 Mark 1 Tag Gefängnis (Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republiksschutzgesetz).

Die Schrift, von der Franz im ganzen bloß 3 Exemplare besessen hatte, von denen er eins bei der Verhaftung noch bei sich trug, „machte die Soldaten auf die drohende Kriegsgefahr, die sich insbesondere gegen Sowjetrußland richtet, wie auf den neuen deutschen Imperialismus aufmerksam“ („Rote Fahne“ vom 15. Februar).

Die politische Aufklärungsarbeit unter den Angehörigen der bewaffneten Macht des Staates heißt bei den juristischen Betreuern eben dieses Staates „Zersetzung“ — freilich nur dann, wenn sie mit andern als nationalistischen Tendenzen betrieben wird. Das war schon unter den beiden Wilhelms so, und wenn hier neulich gesagt wurde: die Republik ist in Deutschland die Fortsetzung der Monarchie mit andern Kostgängern, so bedarf dieser Satz der Einschränkung: die republikanische Justiz ist die Fortsetzung der monarchistischen Justiz mit denselben Kostgängern und denselben Mitteln. Antimilitaristische Propaganda war schon in Vorkriegszeiten gefährlich. Was die deutsche Wehr anlangt, die sich mit großem Recht auf die deutsche Ehr reiht, so war sie auch früher schon streng behütet von der Wacht an der Pleiße — und hier wollen wir des Reimens genug sein lassen.

Die republikanische Justiz befindet sich nun aber im Hinblick auf die Neugestaltung der Heereseinrichtungen in einer schwierigen Lage. Damals, als die Exekutoren der republikanischen Gerechtigkeit in monarchistischen Kollegs auf dieses Amt vorbereitet wurden und in den juristischen Sprachkursen lernten, daß patriotisch auf deutsch straffrei heißt, da kamten sie zwar einen Paragraphen 175 des Strafgesetzbuchs, aber noch keinen Artikel 175 des Versailler „Friedensvertrags“, dessen Absatz 3 lautet: „Offiziere, die irgendeiner Formation der Armee angehört haben und die nicht in den erlaubten Einheiten bleiben, dürfen an militärischen Uebungen, sei es theoretischen, sei es praktischen, nicht teilnehmen und sind keiner irgendwie gearteten militärischen Dienstpflicht unterworfen“; — und erst recht war ihnen fremd, was der Artikel 177 folgendermaßen festsetzt: „Erziehungsanstalten, Universitäten, Kriegervereine, Schützen-, Sport- oder Wandervereine und überhaupt Vereinigungen jeglicher Art, einerlei wie alt ihre Mitglieder sind, dürfen sich mit keinerlei militärischen Dingen beschäftigen. Insbesondere ist es ihnen verboten, ihre Mitglieder in der Handhabung oder im Gebrauch von Kriegswaffen zu unterrichten oder auszubilden, oder sie hierin unterrichten oder ausbilden zu lassen. Diese Gesellschaften, Vereinigungen, Erziehungsanstalten und Universitäten dürfen keine Verbindung mit den Kriegsministerien oder irgendwelchen andern militärischen Behörden haben.“ (Ich weiß nicht genau, ob das Zitieren dieser Artikel nicht von der republikanischen Justiz als Landesverrat betrachtet wird, — aber ich riskier's mal.)

Am selben Morgen, an dem die „Rote Fahne“ die Verurteilung des Arbeiters Franz wegen „Zersetzung“ der Reichswehr durch 2 Flugblätter mit-

telte, waren im „Vorwärts“ Briefe zu lesen, die eine mit weitaus wirk-sameren Mitteln als harmlosen politischen Aufklärungsversuchen betriebene und schon von glänzenden Erfolgen gekrönte, gegen den Bestand der repu-blikanischen Staatsform gerichtete Aktivisierungsarbeit unter der Reichs-marine erörtern. Die Bedeutung dieser Veröffentlichung für die Arbeiter-klasse wird an anderer Stelle dieses Blattes untersucht. Hier interessiert die Frage, was die republikanische Justiz unternehmen wird, um bereits reali-sierte Bestrebungen forensisch zu liquidieren, die der Wikingführer Götting in einem Schreiben an den Wikingführer Plaas also formuliert hat: „Ich kann mir nichts Besseres vorstellen, als die Marine und die VVVD. mit Wikingern zu ‚verseuchen‘ und dies von der Marine relativ hoch bezahlen zu lassen.“ Das wurde im März 1926 geschrieben, und die Verseuchung hatte sich bis damals schon „dahin ausgewirkt, daß in der Folgezeit sozu-sagen mein Nachfolger (als Verbindungsmann zwischen Ehrhardt-Verbänden und Marine. E. M.) selbstverständlich aus dem Wiking bzw. dessen Vor-läufern genommen und allmählich in eine besoldete Stellung geschoben wurde, so daß jetzt der Bezirksleiter Schleswig-Holstein des Wikingbundes gleichzeitig Vm. der Station I (Marinestation Ostsee. E. M.) und eine Art Adjutant beim sogen. Führer der VVVD. (Vereinigung vaterländischer Ver-bände Deutschlands. E. M.) in Kiel, dem Admiral Dominik ist.“ Nun wollen wir mal sehen, ob die „Verseuchung“ der Reichsmarine mit Ehrhardtschen Verbindungsmännern und Wikingschen Admiralsadjutanten etwas andres, etwas besseres oder etwas schlimmeres ist, als die „Zersetzung“ des 100 000 Mann starken Reichsheeres mit zwei Flugblättern.

Die Briefstellerei zwischen den Vaterlandsbefreiern, die der „Vorwärts“ veröffentlicht hat, reicht bis in die letzten Wochen hinein, und der „Chef“ in eigener Person, unser künftiger Mussolini, der Kapitän Ehrhardt, be-teiligt sich selber eifrig an der Empfehlung seiner Wehrverbände, für deren Notwendigkeit er sich auf das Zeugnis des bayerischen Forstrats Escherich, des früheren Höchstkommmandierenden der Reichswehr, Generals Seeckt und des württembergischen Staatspräsidenten Bazille berufen kann. Du lieber Himmel, unsre republikanischen Reichsanwälte und Reichsrichter haben in militärischen Dingen nichts andres gelernt, als was man ihnen an Wilhelms Hochschulen gesagt hat: daß der Geist des Sozialismus der Geist des Aufruhrs, der vaterländische Geist aber der der gesetzlichen Ordnung sei. Wenn einer die gepanzerte Faust entpanzern möchte, ist er ein Schurke; will aber einer die nicht genügend gepanzerte Faust fester um-schlenen, so ist er der höchsten Ehren würdig, und ein Richter darf froh sein, wenn er mit ihm auf Deutschlands Größe und Erhebung anstoßen kann, statt ihn als Angeklagten vor sein Tribunal zu laden.

Verwren wir doch unsre armen Richter nicht! Was die Behandlung von Angelegenheiten betrifft, die mit Heer und Flotte, mit Krieg und Wehr zusammenhängen, gelten die alten Regeln, die bewährten Gepflogenheiten

der glorreichen Zeit; da können die Richter und Staatsanwälte nicht anfangen weniger kaiserlich zu sein, als es die republikanischen Regierungen dieses gesegneten Landes sind. Im Januarheft des FANAL wurde angefragt, „ob nicht heute noch in deutschen Zuchthäusern wegen sogenannten ‚Kriegsverrats‘ verurteilte Proletarier sitzen, die etwa als Gefangene den feindlichen Ausfragern gesagt haben, was sie von den deutschen Stellungen wußten.“ Während das im Druck war, erschien — am 29. Dezember — in der „B. Z. am Mittag“ eine eingehende Darstellung des Falles, den ich bei meiner Anfrage speziell im Auge hatte, des Falles Humpmair, der im November 1924 vom bayerischen Obersten Landesgericht wegen Kriegsverrats zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und seitdem in der scheußlichen Menschenzermürbungsanstalt Straubing sitzt. Der Hilfsarbeiter Max Humpmair hatte sich als 19jähriger Freiwilliger zur bayerischen Feldartillerie gemeldet, war nach 3 Monaten Ausbildung, im Februar 1917 ins Feld gekommen, wurde im April 1918 gefangen genommen und erst 1920 in die Heimat entlassen. Er wurde städtischer Schreiber und seine politische Gesinnung erhellet aus der Tatsache, daß er 1923 um die nachträgliche Verleihung einer Kriegsauszeichnung bat. Da der Mann schon früher von Kriegskameraden verpetzt worden war, seine Gefangennahme sei eigentlich ein Ueberlaufen gewesen, begab sich die um den Orden besorgte Behörde an die Prüfung der angeblichen Fahnenflucht des armen Teufels. Das Gericht, das durch den Umstand genügend gekennzeichnet ist, daß der Müller-Meinungen ihm angehört, und dem nun die Aufgabe übertragen wurde, den Sieg der deutschen Fürsten nach 6 Jahren noch nachträglich an deren zerknitterte Fahnen zu heften, befand folgendes zu Recht: Möge Humpmair immerhin, wie er selbst angab, nach der Gefangennahme von feindlichen Offizieren mit gezücktem Revolver zur Bekundung über die Stellung seiner Batterie gezwungen worden sein, mögen seine Aussagen unter diesem Zwang sogar unvollständig gewesen sein, — so bestünde doch „die Vermutung, daß Humpmair aus Furcht vor einer geplanten Offensive geflohen sei. Grade darin aber liege ehrlose Feigheit.“ Es liege Fahnenflucht und Kriegsverrat vor, denn „bei der Flucht habe der Angeklagte damit rechnen müssen, daß er von feindlichen Offizieren befragt würde. Wenn er trotzdem geflohen sei, so habe er sich selbst in eine Zwangslage versetzt, die er nun verantworten müsse“. Somit habe er „während des Krieges einer feindlichen Macht durch seine Angaben Vorschub geleistet und der deutschen Kriegsmacht Nachteil zugefügt“. Die Amnestieverordnung sei nicht anwendbar, „weil ehrlose Gesinnung aus der Tat spräche“. Nun, Max Humpmair hat noch milde Richter gefunden, sie glaubten nämlich dem Angeklagten, „daß er durch die Drohungen des feindlichen Offiziers eingeschüchtert worden sei“, auch wurde die Tat, da „irgendein erheblicher Nachteil für das deutsche Heer durch Humpmair nicht entstanden war“, als sogenannter

„minder schwerer Fall des Kriegsverrats“ angesehen. Also „nur“ 10 Jahre Zuchthaus nebst 10 Jahren Ehrverlust. Leben wir nicht in einer süßen Republik?

Na ja, Bayern! wird man einwenden. Gewiß, dort herrschen die frömmsten aller Christen, und so ist es klar, daß dort das unvergängliche Prinzip des österreichischen Staatspfaffen Seipel „Keine Milde!“ auf besonders fruchtbarem Acker gedeiht. Aber wie ist's denn in Preußen, wo sich aus dem Weiß der politischen Pollzel und dem Braun des Ministerpräsidiums die angenehmste schwarzrotgoldene Melange mischt? Am 1. Februar wurde aus dem Zuchthaus zu Sonnenburg ein Mann entlassen, dem von den 10 Jahren, die er nach Urteil seiner Richter hätte absitzen sollen, ein halbes in Gnaden und auf Bewährung erlassen war. Was er getan hat? O, er ist 1917 von der Front getümt, und als man ihn 1918 erwischte, stellte man ihn vor ein kaiserliches Kriegsgericht, das ihm wegen Desertion vor dem Feinde die 10 Jahre nebst 10 Jahren Ehrverlust aufbrummt. Er hat also dasselbe getan wie der Heldenkaiser, in dessen Namen das Urteil erging, und der nicht nach Straubing oder Sonnenburg mußte, sondern dem die süße Republik im Gegenteil Hunderte von Millionen Mark aus dem Beutel seiner ehemals getreuen Untertanen nach Holland nachschmeißt.

Weder der eben entlassene Deserteur von Sonnenburg noch der arme Humpmair in Straubing ist das letzte im Namen des Kaisers von der Republik verurteilte und von der Republik wegen Vergehens gegen die Monarchie eingesperrte Opfer des deutschen Justizmilitarismus. Ich wiederhole meine Aufforderung an die Rote Hilfe, an einer Untersuchung mitzuwirken, wieviele Gefangene noch wegen im Felde begangener Straftaten, wegen Fahnenflucht und Kriegsverrat in den Zuchthäusern der deutschen Republik sitzen, wieviele noch durch den ihnen von kaiserlichen und königlichen Offizieren aufgebrummten Ehrverlust an der Möglichkeit gehindert sind, sich eine Existenz zu schaffen. Ich gebe diese Aufforderung weiter an alle antimilitaristischen und pazifistischen Organisationen, vor allen an die Liga für Menschenrechte und an die Frauenliga für Freiheit und Frieden. Es geht mir nicht um die Würde der deutschen Republik — mit der mag sie sich alleine zurechtfinden —, es geht mir um den Kampf gegen eine der schimpflichsten Ausdrucksformen der Reaktion, gegen die in die Gegenwart mitgeschleppte monarchistische Militärjustiz der Vergangenheit und den aus der Vergangenheit gespeisten Justizmilitarismus der Gegenwart. Es geht vor allem auch um die Rettung der unglücklichen Menschen, für die die schändlichste Untat der Menschengeschichte, der Weltkrieg, der wenigstens in seinen größten Ruchlosigkeiten für uns andre 1918 geendet hat, heute noch unmittelbares fürchterliches Erleben ist.

Meldet euch, ihr, die ihr noch mit kaiserlichem Ehrverlust behaftet, in der deutschen Republik umherirrt und geächtet seid! Meldet euch, ihr, die

ihr Angehörige oder Freunde seid von solchen, die keine sozialdemokratische „Volksbeauftragten“-Amnestie von monarchistischer Kriegsrache erlöst hat! Meldet euch, ihr politischen Gefangenen in Zuchthäusern und Gefängnissen, die ihr in euren Kerkern Leidensgefährten habt, die das Grauen des Völkergemetzels nicht bis zu Ende mitmachen wollten! Meldet euch, ihr Juristen und Verteidiger, die ihr aus eurer Praxis Fälle kennt, in denen der Protest aller Revolutionäre und aller anständigen Menschen noch helfen kann! Meldet euch alle, die ihr etwas weißt oder vermutet, gebt Namen, Daten, Umstände bekannt! Es muß endlich Schluß werden mit dieser bodenlosen Infamie! Heraus mit den Opfern des Justizmilitarismus! Auch sie sind Opfer der Klassenjustiz! — Amnestie! Amnestie für alle!

Relative Stabilisierung

Bekanntlich hat sich der Kapitalismus nach parteikommunistischer Lehre „relativ stabilisiert“, was soviel heißen soll, als: Arbeiter, mit Revolution ist vorerst nichts zu machen; darum praktische Mitarbeit im Staat durch Benutzung der Parlamentstribüne, Aushöhlung des Bürgerblocks durch Oppositionsreden und -Anträge, Aktivisierung des Klassenkampfes durch Besetzung der Bonzenposten der gewerkschaftlichen Zentralverbände mit kommunistischen Parteigängern, endlich Eroberung des Staates durch Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Man braucht die Eroberung des Staates bloß Zerschlagung des Staates zu nennen, braucht bloß die Verfügung über Parlamentsmehrheiten und Ministerposten als Diktatur des Proletariats zu bezeichnen, und schon wird die Wiederholung dessen, was 1918 geschah, wenn nur statt der sozialdemokratischen die kommunistischen Staatssozialisten ans Ruder kommen, die Befreiung der Arbeiterklasse bedeuten. Für den Augenblick ist nichts weiter nötig, als in allen proletarischen Hilfsorganisationen für den relativ stabilisierten Kapitalismus Funktionäranstellungen zu erobern, dann wird alsbald der absolut stabilisierte Kommunismus an seine Stelle treten.

Da gab es am 22. Januar Neuwahlen in den sogenannten Konsumgenossenschaften, die in Wirklichkeit eher als kleinbürgerliche Rabattvereine denn als den Zwischenhandel ausschaltende proletarische Kooperativen anzusehen sind. Das liegt an ihrer zentralistisch-bürokratischen Organisationsform, und was für Parteimarken die Bürokraten des seiner Konstruktion gemäß laufenden Apparates kleben, ist gehupft wie gesprungen. Die KPD, aber versandte an ihre Berliner Parteimitgliedschaft ein Rundschreiben, in dem „die Konsumwahlen“ als „ein Ereignis von ungeheurer Bedeutung für die gesamte Berliner Arbeiterschaft“ bezeichnet wurden. „Genossen!“ heißt es da, „Denkt daran, daß die Beherrschung der Konsumgenossenschaft mit ihren reichen Lebensmittelvorräten ausschlaggebend für den Ausgang großer Wirtschaftskämpfe der Arbeiterschaft, ausschlaggebend für den bewaffneten Aufstand des Proletariats sein kann.“ Also — wenn einmal die große bewaffnete Auseinandersetzung da sein wird, dann kommt es darauf an, wer vorher die Buchführung in den Lebensmittelmagazinen besorgt hat: sind es Sozialdemokraten, dann dürfen ja die Proleten nicht ran an die Vorräte, und nur wenn Kommunisten jetzt, unter der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, diese Plätze einnehmen, hat die Arbeiterschaft die Garantie, daß sie in der Stunde der Revolution

die Erlaubnis erhält, sich mit Proviant zu versehen. Derartige Auffassungen werden als revolutionäre Grundsätze der „Vorhut des klassenbewußten Proletariats“ auf dem Markt ausgebaut, und der deutsche Arbeiter ist in 70 Jahren marxistischer Erziehung glücklich soweit gebracht worden, daß er sie in der Tat als revolutionäre Grundsätze ernst nimmt.

Das schlimmste ist, daß mit solchen Methoden, die noch dazu als Heilmittel gegen den Reformismus angepriesen werden, den Arbeitern jedes Zutrauen zu eigener Initiative und eigener Verantwortung genommen wird und ihnen, mit der Ausnahme weniger Tausender, die als Saboteure des Klassenkampfes beschimpft werden, schon genommen ist. Die Fragen des Klassenkampfes, der Revolution, der gesamten Arbeiterbewegung sind zu bloßen Führerfragen erniedrigt, und selbst, wenn zweckmäßige Parolen zur Durchführung von Kämpfen ausgegeben werden, so ergeht an das Proletariat nicht die Aufforderung, ihnen entsprechend zu handeln, sondern die, das geeignete Verhalten von der Führerschaft zu fordern. So war es jetzt in dem Lohnkampf der mitteldeutschen Metallarbeiter. Da erhoben die Arbeiter den Anspruch auf Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pfennige, die ihnen die Fortsetzung der dürftigen Lebenshaltung der Vorkriegszeit so lange gewährleisten würde, bis die Preispolitik des Kapitals den Schaden am Unternehmerprofit wieder hereingebracht, d. h. die Wirkung der Lohnerhöhung durch Steigerung der Lebensbedarfskosten, also Senkung des Reallohnes, aufgehoben hätte. Aber das ist der Gang des Klassenkampfes, und innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsform haben die Arbeiter keine Möglichkeit, dem falschen Zirkel dieser Abwehrkämpfe gegen die übersteigerte Ausbeutung zu entinnen. Die Kapitalisten erklärten sich allenfalls bereit, da ihnen ein von der Reichsregierung eingesetzter „Schlichter“ den moralischen Rückhalt gab, auf dessen Vorschlag einzugehen und ganze 3 Pfennige Lohnerhöhung zu bewilligen, was bei der ständigen Erhöhung aller Kosten für Wohnung, Ernährung und Bekleidung noch nicht einmal für den Augenblick eine fühlbare Milderung des entsetzlichen Elends bedeutet, aber in aller kürzester Zeit schon das weitere Niedersinken des Existenzniveaus herbeiführen müßte. Die mitteldeutschen Metallarbeiter erlebten das Wunder, daß der Arbeitsminister Brauns, unter dem Druck sogar der christlich organisierten Gewerkschafter, keine Verbindlichkeitserklärung aussprach, und an 50 000 Mann traten in den Streik. Es ist klar, daß ein solcher Teilstreik keinen Erfolg haben kann, da die Verstrickung des Kapitals die gegenseitige Aushilfe sichert, die Kundschaft der bestreikten Fabriken also von der Konkurrenz beliefert wird. Die Metallarbeiter außerhalb des Streikbezirks treiben demnach mit ihrer Weiterarbeit Streikbruch. Somit wäre die Ausdehnung des Streiks auf die gesamte deutsche Metallbranche von vornherein nichts als einfache Solidaritätspflicht gewesen. Doch läßt die Struktur der Zentralverbände im großen durchgeführten Wirtschaftskämpfe garnicht zu; ein über Wochen oder gar Monate ausgedehnter Streik von Hunderttausenden ist von Organisationen, deren einzige Kraft in der gefüllten Kasse gesammelt ist, schlechterdings nicht durchzuführen. Diese Organisationen müßten dabei selber kaputgehen. Daher ist das Bestreben der Gewerkschaftsbonzen, zu irgendeiner Einigung mit den Unternehmern zu gelangen, nur natürlich. Das Ende ihrer Organisation wäre das Ende ihrer gesicherten Beamtenexistenz, und verschlechtert sich auch bei einem Kompromiß mit den Unternehmern die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, so spürt das der angestellte Führer ja nicht, der

längst oberhalb, also außerhalb der Klasse steht, aus der er hervorgegangen ist. Das wissen auch die Kapitalisten, und da sie die Gewerkschaften zur Kapitulation zwingen wollten, taten sie, was die „berufenen Führer“ unterlassen hatten. Sie stellten ein Ultimatum: haben bis zum 22. Februar die Metallarbeiter die 3 Pfennige Lohnerhöhung nicht angenommen, so erfolgt die Generalaussperrung der ganzen deutschen Metallindustrie, etwa 800 000 Arbeiter werden aufs Pflaster gesetzt. Damit der Ernst dieser Drohung begriffen würde, erfolgten auch sofort die Kündigungen. Die Gewerkschaftsführer merkten, daß es hier um ihre eigene Lebensstellung ging. Sie mußten um ihrer selbst willen das Aeußerste tun, um den Riesenkampf zu verhindern. Es ging also ein andrer Schlichter ans Werk und bestimmte eine Lohnerhöhung von 5 Pfennigen mit Geltungsdauer bis 31. Dezember als Ausgleich. Die Unternehmer schrien: unannehmbar! Bei der kolossalen Steigerung der Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder in den meisten Großbetrieben und der Gewöhnung der Aktionäre an einen Dividendengewinn in enormer Höhe erklärt sich ihre Sorge, ihre Betriebe könnten, wenn überdies auch die Arbeiter noch bis zur Sättigung ihrer Säuglinge bezahlt würden, auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig bleiben. Laut weinend ließen sie den Schiedsspruch vom christlichen Brauns verbindlich erklären und beteuerten, sie würden das Verbot der Maßregelungen nur unter loyaler Innehaltung des Schlichtervotums brechen und auch die Initiative zum Kampf trotz Schiedsspruch den Arbeitern überlassen. Deren Empörung über die Zumutung, eine Lohnerhöhung anzuerkennen, die nicht entfernt der Verteuerung der Lebenshaltung entspricht und sich für fast ein volles Jahr ohne Rücksicht auf die fortgesetzt höher springenden Preise jedes Versuches zu enthalten, dem Verhungern zu entgehen, ist natürlich groß, und die Drohung des Kapitals, aus jedem Versuch der Abwehr das Recht herzuleiten, die Generalaussperrung in der Metallindustrie vom 29. Februar ab doch noch durchzuführen, begegnet unter den Massen der betroffenen Arbeiter durchaus keiner Furcht. Die Forderung der Kommunisten, auf den neuen Schiedsspruch zu pfeifen, der Aussperrung durch den Streik zuvorzukommen, ihn auszudehnen auf alle lebenswichtigen Industriezweige und ohne Rücksicht auf die Verbindlichkeitserklärungen zu handeln, ist ohne Zweifel berechtigt und darüber hinaus bei den Arbeitern durchaus populär. Nur ist leider diese Forderung gänzlich aussichtslos, da sie nicht die Ausschließung der Gewerkschaftsbürokratie von den Entscheidungen vorsieht, die ihrerseits, selbst wenn sie die technische Möglichkeit sähe, eine solche Aktion ohne Bankrott der Zentralverbände durchzuführen, gar keinen Kampf zulassen kann, der sich aus innerer Notwendigkeit weit über einen Tarifkonflikt wegen 5 oder 15 Pfennigen hinausentwickeln müßte und zu ganz großen Konsequenzen führen könnte. Daß ein solcher Kampf möglich und unter den gegebenen Verhältnissen notwendig und sogar durchaus aussichtsvoll wäre, wenn er unter den Gesichtspunkten des revolutionären Klassenkampfes durchgeführt würde, d. h. als direkte Aktion der von unten auf organisierten Arbeiterschaft selbst, bei völliger Unabhängigkeit der beteiligten Proletarier von allen Führerentschlüssen, die immer Führerintrigen sind und sein müssen, — das ist klar. Nur die föderativ aufgebauten Arbeiterkoalitionen, also die syndikalistischen und die betriebsmäßig organisierten wirtschaftlichen Kampfverbände, tragen in sich die Fähigkeit, große Aktionen des Klassenkampfes auf der Grundlage der Entschlußfreiheit aller Mitkämpfer und der, statt auf gefüllte Kassen, auf Solidarität gestützten proletarischen Einigkeit durch-

zukämpfen. Diese Einigkeit aber besteht nicht, weil Führer irgendwelcher Sorte sie nicht brauchen können. Vielmehr besteht in Deutschland, auch unter dem Proletariat, der von Staat, Kirche, Schule und Militär den Menschen mit höchstem Erfolge eingeflößte Glaube an die Autorität eines jeden, der dafür bezahlt bekommt, Autorität zu sein. Dieser Glaube aber ist die größte, ja, die einzige Chance des Kapitalismus; von ihm zieht er alle Kräfte, die sein völlig morsches Gerüst halten. Die Zerklüftung der Arbeiterschaft durch ihre konkurrierenden Führerklüngel, — darauf, einzig nur darauf beruht die „relative Stabilisierung“ der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Sachlage

Also im Mai soll gewählt werden. Da das Zentrum sein Schulverfassungsgesetz nicht mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei so hat zuwege bringen können, wie es die Kirche braucht, um dem Klimpern des Geldes im Staate den Wohlklang des Glockengeläutes zu retten, ist der Bürgerblock leider zerbröckelt. Im neuen Reichstag wird das Geschäft nun mit andern Teilhabern getätigt werden müssen. Herr Marx soll sich schon wieder in republikanisch üben, da die Sozi als Sozien noch immer die kulantesten Bedingungen gestellt haben. Ob nach der Auflösung des Reichstags in der Tat neue Wahlen stattfinden werden, wird zur Zeit noch von den hierfür maßgebenden Instanzen geheim gehalten. Im Laufe der nächsten Wochen laufen in Deutschland nahezu 200 Tarifverträge zwischen Unternehmern und Gewerkschaften ab. Sollte sich im Laufe des Metallarbeiterkonfliktes oder einer andern Streltigkeit herausstellen, daß es den Arbeitern ernstlich darum zu tun ist, der gänzlichen Verwahrlosung in Hunger, Elend und Sklaverei zu entgehen, dann würde sich jedenfalls die jetzt aufgedeckte enge organisatorische Verbindung zwischen Vaterländischen Verbänden, Stahlhelm und verbotenem Wikingbund einerseits, der Reichsmarine andererseits in einem Verbot des Herrn Ehrhardt auswirken, die überflüssige Wählerlei überhaupt noch vorzunehmen. Was an die Stelle der bisher beliebten Gesetzgeberei träte, ist ja bekannt. Die Reichsverfassung erhielte die vom Reichsgericht bereits als straffrei anerkannte Auslegung, die Herr Justizrat Claß vor zwei Jahren dem Artikel 48 gegeben hat, wonach beispielsweise der Streik oder sonst ein Versuch Ausgebeuteter, die Lebenshaltung zu verbessern, verboten wird, jeder aber, der etwa den Arbeitern irgendwelche Abwehr anzuraten versuchte, zu erschießen ist. Ebenso würde derjenige erschossen, der seinem zum Erschießen vorgemerkten Freunde von den vaterländischen Gewehrläufen wegzuhelfen versuchte. Der „Vorwärts“ ist gottlob guten Mutes. Er versichert uns in der redaktionellen Vorbemerkung zu den von Heilmann dem sozialdemokratischen Preußentag mitgeteilten Dokumenten, daß nichts passieren kann. Es gibt — und wir brauchen uns ja nur der Namen Noske, Ebert, Hörsing, Schneppenhorst usw. zu erinnern, um vollkommen beruhigt zu sein —, ein Bollwerk, dem kein Ehrhardt und kein Wikingbund, keine Marinestation und kein Alldentscher Verband gewachsen ist: das ist die sozialdemokratische Ministerherrlichkeit in Preußen. „Die Pläne der Leute um Ehrhardt“, jubelt der „Vorwärts“, „die hochverräterische Handlungen vorbereiten, zerschellen an der starken Stellung der Sozialdemokratie in Preußen. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratischen Partei in Preußen, daß die Aktivisten von rechts Deutschland nicht in die Wirren des Bürgerkrieges stürzen und dem

munarden dürfen wir am 18. März gedenken, die für die Sättigung der arbeitenden Menschheit Barrikaden bauten. Vorläufig hat das Proletariat noch Fastenzeit.

Einem Kritiker zur Antwort

Die Erörterung weltpolitischer Ereignisse kann im FANAL immer nur dann erfolgen, wenn ein spezieller Fall Anlaß gibt, Grundsätzliches an Hand von Aktuellem darzulegen. Die Vergewaltigung Nikaraguas durch die Vereinigten Staaten, der Verlauf der chinesischen Revolutionswirren, die Greuel auf dem Balkan, der panamerikanische Kongreß, die Kommunistenverfolgungen in Frankreich, die ungarische Waffenschiebungs-Affäre und mehr können nicht nebenbei in ein paar Zeilen von anarchistischen Gesichtspunkten aus in die Zeitgeschichte eingeordnet werden. Eine revolutionäre Monatsschrift kann und soll nicht die Aufgaben einer Tageszeitung erfüllen; sie hat nicht zu registrieren, sondern zu agitieren. Ich bitte die Leser, die gegen die Redaktionsführung des FANAL Einwendungen zu erheben haben, um rücksichtslose Kritik, aber auch um Verständnis dafür, daß monatlich nur 24 Seiten zur Verfügung stehen. Diese 24 Seiten dienen der Werbung für die Idee der Gerechtigkeit und der Freiheit und für die proletarische Revolution. — Auf das Bild kommt's an, nicht auf die Farben!

Zur Beachtung

Die Halbjahresabonnenten werden ersucht, im Laufe des Monats März die fälligen Bezugsgebühren einzuzahlen. Besonders werden die mit der Abrechnung rückständigen Mehrbezieher dringend gemahnt!

Alle Freunde des FANAL mögen für Verbreitung der Zeitschrift werben, neue Abonnenten gewinnen, Buchhandlungen, Jugendheime, Lesehallen, Gastwirtschaften und Caféhäuser zum Auslegen veranlassen und das Blatt bei Kiosken, Zeitungshändlern, besonders bei Bahnhofsbuchhandlungen anfordern, um die Sabotage der Zeitschriftengroßhändler zu brechen!

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Nr. 3 des II. Jahrgangs soweit vergriffen ist, daß sie nicht mehr einzeln geliefert werden kann. Der Rest muß für neu hinzukommende Abonnenten und für die Vorbereitung einzubindender Vollexemplare des Jahrgangs zurückgelegt werden. Auch die Nrn. 1 und 2 des II. Jahrgangs gehen zur Neige. Es wird gebeten, diese 3 Hefte nicht als Werbematerial wegzugeben, sondern, wo sie noch vorrätig sind, an die Geschäftsstelle des FANAL zurückzusenden.

Anarchistische Vereinigung Berlin

**Zusammenkunft jeden Donnerstag, 20 Uhr,
im Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstraße 64**

Regelmäßige Erörterung der Tagesereignisse und der durch sie für das revolutionäre Proletariat unmittelbar erwachsenden Probleme und Aufgaben. — Gäste sind stets willkommen, besonders wäre ein engeres Zusammenarbeiten mit der antiautoritären Jugend erwünscht. Die außerordentlich aggressiven Maßnahmen des Ausbeutertums gegen das Proletariat und die gesteigerte Aktivität der faschistischen Reaktion erfordern vermehrte Wachsamkeit und engeren Zusammenschluß der Anarchisten und aller benachbarten revolutionären Gruppen.

**Die ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN
i. A.: Gustav Lübeck, Berlin-Neukölln, Ziethenstr. 10**

Lest und propagiert „Die Freiheit“

**Einzige revolutionäre Wochenschrift
im deutschen Osten**

Chefredakteur: ALFONS PILARSKY.

**Geschäftsstelle Breslau, Benderplatz 28, Postscheck Nr. 10223
Vierteljahrsabonnement 2,60 Mk. Erscheint jeden Mittwoch**

5 Bände über

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk

während des Weltkrieges.

von Jaroslav Hasek

**Unzählige heitere Stunden werden Ihnen geschenkt,
können Sie schenken.**

Jaroslav Hasek, der große Satiriker, Humorist und tschechische Cervantes, hat im „Braven Soldaten Schwejk“ einen für die Weltliteratur völlig neuen Typ geschaffen. Den Typus des raffinierten Dummkopfs, des mit allen Salben erlebten Einfaltspinsels. Gutmütig, beschränkt und dennoch jeder Situation gewachsen.

Band 1. Im Hinterlande

Band 2. An die Front

Band 3. Das glorreiche Debakel

Band 4. Fortsetzung

**Band 5. Schwejk in russischer
Gefangenschaft**

Preis brosch. Mk. 3.50, geb. Mk. 5.20

Zu beziehen durch den

Stirn-Verlag Hans Timm, Berlin C54

Rosenthaler Str. 34, 85 — Postscheck-Konto Berlin 71924